

II A 2 - H 1345 - 35/02

17. Juli 2002

RD Schlautmann – 18 81 –
RR Schäper – 11 03 –

11 03
Fax: 88 1103

AL II

auf dem Dienstweg
zur Unterrichtung

31. VII 16 per 24/2

H. Schäper

11/11

Entwicklung des Bundeshaushalts 2002;
Hochrechnung auf der Grundlage der Juni-Ergebnisse

2 Anlagen

1. Gesamtbewertung

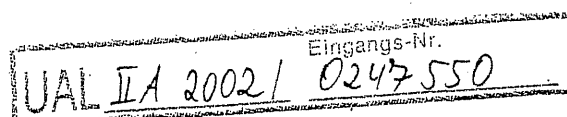
Die Einschätzung des Haushaltsverlaufs verschlechtert sich zunehmend. Ursache bleibt die fehlende konjunkturelle Dynamik, deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Steueraufkommen ein zunehmendes Haushaltsrisiko bedeuten. Die Mehrbelastungen beim BA-Zuschuß und der Arbeitslosenhilfe in Höhe von 3,7 Mrd. €. können nicht mehr durch weitere Entlastungen, beispielsweise bei den Verwaltungseinnahmen, kompensiert werden. Die zusätzlichen Steuerausfälle in Höhe von 5 Mrd. € gefährden das Stabilitätsziel.

Insgesamt steigt im Jahresergebnis die Nettokreditaufnahme rechnerisch von 21,1 Mrd. € auf 33,1 Mrd. € (Vormonat: 28,1 Mrd. €).

Im einzelnen werden folgende Veränderungen geschätzt:

	Soll 2002	Schätzung Juli	Voraussichtl. Ist
	in Mrd. €		
Ausgaben	247,5	+ 3,9	251,4
Steuereinnahmen	199,2	- 7,8	191,4
Verwaltungseinnahmen	27,2	- 0,3	26,9
Nettokreditaufnahme	21,1	+ 12,0	33,1

000178



2. Ausgaben

Die monatlichen Einschätzungen des Arbeitsmarktes sind zunehmend ungünstiger zu beurteilen. Die Anpassung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl auf nunmehr 4,06 Mio. Arbeitslose und eine vorübergehende Ausweitung der ABM in den neuen Ländern bedeuten eine zusätzliche Belastung für den Bundeshaushalt in Höhe von 2,4 Mrd. € für den Zuschuss an die BA (Vormonat: 2 Mrd. €/insgesamt: 4,4 Mrd. €) und in Höhe von 1,3 Mrd. € für die Arbeitslosenhilfe (Vormonat: 1 Mrd. €/insgesamt: 14,3 Mrd. €).

Minderausgaben in den Bereichen Gewährleistung (- 0,4 Mrd. €), Erziehungsgeld (- 0,1 Mrd. €) und bei den Schienenwegeinvestitionen (- 0,1 Mrd. €) kompensieren die Belastungen nicht hinreichend.

Insgesamt liegen die Ausgaben nach derzeitigem Stand um rd. 3,9 Mrd. € (Vormonat: + 3,3 Mrd. €) über dem Sollansatz.

Die Veränderungen im Einzelnen ergeben sich aus Ziffer 1 der Anlage 1.

3. Steuereinnahmen

Nach der Mai-Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung ergeben sich für den Bundeshaushalt (Soll: 199,2 Mrd. €) Mindereinnahmen in Höhe von 2,8 Mrd. €.

Das Referat I A 6 hat auf der Basis der Juni-Ergebnisse gegenüber der aktuellen Steuerschätzung einen zusätzlichen Rückgang des Steueraufkommens für den Bund, bei unveränderten EU-Abführungen, in Höhe von rd. 5 Mrd. € prognostiziert. Begründet werden die Mindereinnahmen vornehmlich mit einem Einbruch bei der Körperschaftssteuer (u.a. verminderte Zahlungen der Großbanken) nach einem bereits schwachen Vorjahresergebnis und einer rückläufigen Entwicklung bei den Steuern vom Umsatz.

Die Mindereinnahmen belaufen sich auf insgesamt 7,8 Mrd. €.

Einzelheiten bitte ich Ziffer 2.1 der Anlage 1 zu entnehmen.

4. Verwaltungseinnahmen

Die Verbesserung der Einnahmesituation ist vornehmlich auf höhere Gewährleistungseinnahmen (insbesondere Zahlungen der Russischen Föderation) zurückzuführen; die Mehreinnahmen belaufen sich auf insgesamt 0,9 Mrd. € (+ 0,5 Mrd. €).

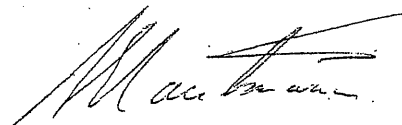
Insgesamt verringern sich die Verwaltungseinnahmen nach derzeitigem Stand um rd. 0,3 Mrd. € (Vormonat 1 Mrd. €) gegenüber dem Sollansatz.

Die einzelnen Veränderungen ergeben sich aus Ziffer 2.2 der Anlage 1.

5. Nettokreditaufnahme

Die Nettokreditaufnahme erhöht sich im Haushalt 2002 rechnerisch auf rd. 33,1 Mrd. € (Vormonat: 28,1 Mrd. €). Sie liegt damit um rd. 12 Mrd. € (Vormonat 7 Mrd. €) über dem im Bundeshaushalt 2002 vorgesehenen Defizit.

Obwohl nicht sämtliche Positionen Maastricht-Relevanz aufweisen, wie z.B. die Mindereinnahmen bei den Münztiteln, gefährdet die Abweichung das nationale Stabilitätsziel.



Schlautmann